Ungenügendes Zeitmanagement

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **165 (1999)**

Heft 4

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Ungenügendes Zeitmanagement

Zeit ist eines unserer wichtigsten Güter, mit der wir oft nicht sorgfältig umgehen. Dabei verlieren wir durch unnötige Verzögerungen viele gute Chancen oder erzielen mit übereiltem Handeln ungenügende Resultate. Dies gilt vor allem bei komplexen Problemen, wo nur durch saubere, gereifte Planung gute Lösungen zu finden sind.

Leider wird das VBS schon seit einigen Jahren von überhastetem Zeit-Management betroffen. Eine Milizarmee braucht viel Zeit für einen sauberen Wandel, da ihre gute Leistung von einer sicheren Routine und Erfahrung in den diversen Teilaufgaben abhängt. Wer behauptet, dass unsere Armee sich an einen ständigen Wandel eben gewöhnen muss, kennt die Bedürfnisse der Milizarmee zu wenig und **überfordert** sie. Das Militärhandwerk ist nichts Gewöhnliches. Daher benötigt vor allem der noch wenig erfahrene Soldat und Führer nach einer gründlichen Ausbildung eine Festigungsphase. Je grösser das Intervall zwischen zwei Diensten ist, desto grösser ist die Vergessensrate bei hochintelligenten Leuten wie beim Durchschnittsmenschen. Für jede Änderung von Verfahren und Taktik, aber auch für Umschulungen auf neue Systeme ist daher grosse Zurückhaltung am Platz. Dabei sündigt das VBS leider allzuoft. So wären bereits in der Planungsphase für die Armee 95 die Entwicklung der drei «B» – Bedrohung, Bestände und Budget – bei sorgfältiger Abwägung einigermassen voraussehbar und damit viele kurzfristige Doppeländerungen vermeidbar gewesen.

1. Verschleppte Umverteilungsinitiative

Die Umverteilungsinitiative der SPS, welche erneut auf eine ratenweise Abschaffung der Armee abzielt, hätte schon 1998 dem Volk vorgelegt werden sollen, denn sie ist eine unzumutbare Hypothek für alle Denker und Planer der Armee XXI und der übrigen Sicherheitsbereiche. Solange das Volk dazu nicht Stellung nimmt und den Verantwortlichen einen klaren Auftrag zur Formierung einer neuen glaubwürdigen Armee erteilt, planen sie auf Sand.

Noch schlimmer ist, dass als «Folge» der anstehenden Abstimmung die Initiative durch freiwillige Einsparungen unterlaufen wird. Nach den grossen Einsparungsübungen als früherer Verteidigungsminister, welche er 1994 als beendet erklärte, arrangierte er als Finanzminister weitere Kürzungen. Am runden Tische von 1998 wurde der Realwert der Militärausgaben gesamthaft zwischen 1990 und 2001 um 37%, die Rüstungsausgaben sogar um 49% reduziert. Dies ohne Berücksichtigung der militärischen Bedürfnisse. Der runde Tisch erreichte sein Sparziel praktisch nur durch massive Beschneidung der Militärausgaben mit dem Motto «Alle gegen einen» respektive «Les absents ont toujours tort». Zwar wehrte sich der an der wichtigen Sitzung fehlende Verteidigungsminister nachträglich gegen die einseitige Sparübung, welche effektiv von den andern Bereichen nur kosmetische Kürzungen verlangte. Doch der Finanzminister erreichte mit seinen Gehilfen aus dem armeeunfreundlichen Lager, dass die Räte beim «übernächtigten» Entscheid blieben und den Verteidigungsminister mit einer Sportsubvention vertrösteten, welche der Armee nichts hilft.

Nach diesen der Initiative vorauseilenden Konzessionen scheint es nun aber, dass die Initiative nicht mehr verzögert wird. Der Bundesrat hat erfreulicherweise soeben die Botschaft zur Initiative veröffentlicht und harte Worte betreffend ihrer verantwortungslosen Stossrichtung ausgesprochen und auch keinen Gegenvorschlag in Aussicht gestellt. **Einer Volksabstimmung über die Umverteilungsinitiative zu Beginn des nächsten Jahres steht somit nichts mehr im Weg. Sie würde eine klare finanzielle Basis für die versprochene Wiedererhöhung des Militärbudgets und für die anstehende neue Armeereform schaffen.**

2. Unnötiger Zeitdruck auf der Armeereform

Schon 1990 wurde trotz fehlendem Sachzwang die Armee 95 viel zu hastig konzipiert. Die resultierenden Mängel hatten schwere Konsequenzen. Anstatt die verschiedenen Optionen sauber zu erarbeiten, abzuwägen und mit den für die Umsetzung verantwortlichen Truppenführern gründlich zu besprechen, dienten alle Informationen nur der Erklärung von «Faits accomplis». So war der Zweijahresrhythmus tabu. Auch das auf 2000 erwartete demographische Loch wurde von den Entscheidungsinstanzen als unwichtig eingestuft. Resultat dieser beiden Mängel sind ein schwerwiegender Ausbildungsverlust von Truppe und Kader sowie der störende Flick, euphemistisch «Progress» tituliert.



Doch nicht genug damit. Statt sofort und zielstrebig die rasch erkennbaren Mängel und Schwächen der neuen Armee zu korrigieren, lancierte der neue Verteidigungsminister sofort eine neue Armeereform. Zwar hat sich die Situation seit 1990 erwartungsgemäss stark verändert, so dass neue Studien für eine Anpassung der Armee sicher wünschenswert waren. Aber eben **nicht auf Kosten der dringend benötigten Mängelbehebung.** Leider sehen hohe Politiker immer nur ihre Aktionsfenster als das adäquate Zeitmass. Darum wurde zunächst ein guter Vorgehensplan aufgestellt, aber nachher ein übereifriger Zeitplan befohlen, welcher von der Lage her keineswegs nötig ist. Aus der Hektik bei der Erarbeitung der Armee 95 hat man offensichtlich nichts gelernt. Daher passiert nun das gleiche wie vor wenigen Jahren: Man lässt die Experten über den Sicherheitsbericht brüten, vergisst dabei, dass er ja die Basis für die neue Armeestrategie und -konzeption abgeben sollte. Dafür arbeiten Verwaltungsleute eifrig und vorzeitig insgeheim an neuen Armeemodellen, natürlich ohne die Miliz an der Erarbeitung der verschiedenen Möglichkeiten echt zu beteiligen. Hauptgründe: a) «Mann» will die Armee XXI noch während seiner Amtszeit – analog dem Vorgänger, realisieren und b) **die überhastete Schaffung der Armee XXI soll die Korrekturen an der Armee 95 überflüssig machen. Diese Rechnung wird aber nicht aufgehen.** Denn: die 10jährige Ausbildungslücke und die Organisationsmängel produzieren eine ganze Generation nicht genügend ausgebildeter Soldaten und frustrierte Kader, welche schliesslich demotiviert auf eine Militärkarriere verzichten. Die Heerführer haben bei ihren Interviews mit den Wirtschaftsexponenten diese Tendenz zu Recht erkannt, finden aber in Bern kein Gehör.

Daher nochmals der eindringliche Rat: Legt das Schwergewicht zunächst **sofort und sichtbar auf eine glaubwürdige Korrektur** der heutigen Armee, welche neben vielen guten Errungenschaften eben auch einige schwerwiegende Mängel aufweist.

3. Übereilte Militärgesetzreform

Die Ablehung der Blauhelmvorlage, welche ein spezielles Füsilierbataillon von 800 Mann für Auslandseinsätze aufstellen wollte, obwohl die UNO nur 500 Spezialisten erbat, hatte fatale Folgen. In Bern interpretierte man diesen Volksentscheid als Ablehnung jeglichen Einsatzes bewaffneter Truppen im Ausland, dies obwohl es vielen Gegnern nur um die Vermeidung einer weitern Schwächung der Gesamtarmee ging. Das heutige Militärgesetz reflektiert diese übertriebene Interpretation des Volks-Neins. Warnungen von ziviler Seite gegen diese unangebrachte Selbstbeschränkung wurden in den Wind geschlagen. Dabei wurden die zivilrechtlich abgestützten Bedenken nicht beachtet, wonach es echt **unmoralisch und unakzeptabel** sei, Leute ohne den möglichen Schutz in eine unzweifelhaft gefährdete Region zu entsenden. Dass fehlende Bewaffnung verantwortungslose Banden zu rücksichtslosem Handeln verleitet, zeigt das Vorgehen der bosnischen Serben gegen UNPROFOR-Truppen, wird aber bei uns zuwenig beachtet.

Es scheint nun vordergründig sinnvoll, dass das VBS eine vorgezogene Teilrevision des Militärgesetzes beantragt, um den schweizerischen Freiwilligen den möglichen Schutz endlich zu gewähren und die kommende Militärgesetzrevision für die Armeereform XXI nicht zusätzlich zu gefährden.

Gleichzeitig wollte man diese Teilrevision mit der Ermächtigung an den Bundesrat verbinden, bewaffnete Truppen zur Ausbildung auf Gegenseitigkeit ins Ausland schicken zu dürfen. Da diese Absicht vom Gelbmützeneinsatz total verschieden ist, sollten sie nicht vermischt werden. Im übrigen hat der Bundesrat bisher schon mehrmals Flugzeuge, Flab und mech Mittel zu Übungszwecken ins Ausland geschickt, weil nur dort die Übungsräume gross genug waren. In Zukunft dürfte dies noch öfters notwendig werden.

Die SOG und andere Milizorganisationen sind trotz der guten Absicht gegen eine vorgezogene Teilrevision, da das Militärgesetz in 1 bis 2 Jahren sowieso revidiert wird und so genügend Zeit bietet, um die hartnäckigen Gegner jeder Tätigkeit unserer Armee im Ausland von ihrer eher unsolidarischen Haltung abzubringen.

Oberst i Gst Charles Ott